

International

«Diese Region bleibt eine Last für die Welt»

Der deutsch-syrische Islamexperte Bassam Tibi hält den «arabischen Frühling» für gescheitert, weil die Islamisten die Rebellion für ihre Zwecke gekapert haben. In Ägypten etwa hätten die Muslimbrüder einen autoritären Scharia-Staat angestrebt.

Mit Bassam Tibi sprach Luciano Ferrari

Sie haben den Konflikt zwischen Muslimbrüdern und der Armee in Ägypten vorausgesagt. Waren Sie erleichtert über den Putsch gegen Präsident Mohammed Mursi?

Es war absehbar, dass sich das Militär nicht gefallen lassen würde, was die Muslimbrüder im Schilde führten. Mir geht es aber wie vielen meiner ägyptischen Freunde, die sagen: «Wir sind froh, dass Mursi nicht mehr an der Macht ist, aber nicht darüber, dass das Militär nun seinen Platz eingenommen hat.»

Nun haben die Muslimbrüder Verhandlungen angeboten, ohne die Wiedereinsetzung Mursis zu fordern. Soll man darauf eingehen?

Ja, sofort. Unter den jetzt Regierenden gibt es viele, die ein Verbot der Muslimbrüderschaft fordern. Das ist Gift für die Demokratie. Ich bin dafür, die Muslimbrüder in den demokratischen Prozess einzubinden, auch wenn ich weiss, dass sie keine Demokraten sind.

Woran machen Sie das fest?

An ihrem Verhalten nach dem Sturz von Mubarak im Februar 2011. Auf dem Höhepunkt des arabischen Frühlings haben die ägyptischen Demokraten erkannt, dass man ohne die Muslimbrüder keine Politik machen konnte. Diese hatten damals über 30 Prozent der Bevölkerung hinter sich. Also nahm man Verhandlungen auf, und die Muslimbrüder machten zwei wichtige Versprechen: erstens, dass sie keinen eigenen Kandidaten für das Präsidentenamt aufstellen



Anhängerin des gestürzten ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi. Foto: Keystone

würden. Zweitens wollten sie nicht mehr als 35 Prozent der Sitze im Parlament beanspruchen. Beides hielten sie nicht ein: Bei den Wahlen stellten sie zusätzlich zu den Parteilisten eine Vielzahl «unabhängiger» Kandidaten auf, sodass sie im Parlament auf deutlich über 35 Prozent kamen. Das Verfassungsgericht hat deshalb die Wahl für unrechtmässig erklärt. Doch die Muslimbrüder erkannten das Urteil nicht an und eroberten mit Mursi schliesslich auch das Präsidentenamt.

Es wurde behauptet, der Aufstand gegen Mursi sei von der alten Mubarak-Elite inszeniert worden.

Das ist falsch. Die Stimmung in der Bevölkerung war gegen die Muslimbrüder. In diesem einen Jahr von Mursis Präsidentschaft haben sie alles getan, um zu zeigen, dass sie keine Demokraten sind. Kaum waren sie an der Macht, dachten sie, sie könnten tun und lassen, was ihnen gefällt. Die Überwachung der Presse war schlimmer als unter Mubarak. Sie haben zugelassen, dass ihre Anhänger Minderheiten verfolgten und Kirchen anzündeten. Sie haben versucht, eine neue Verfassung an einem Wochenende in Kraft zu setzen, und ihre Schlägerbanden das Gebäude des obersten Gerichts umstellen lassen, um die Verfassungsrichter an ihrer Arbeit zu hindern.

Trotzdem würden Sie mit ihnen verhandeln?

Was sonst? Sie alle ins Gefängnis stecken? Wenn man sie verfolgt, gehen sie in den Untergrund und kämpfen weiter. Es gibt zudem die Hoffnung, dass es unter den jungen Muslimbrüdern sogenannte Postislamisten gibt, die das Ziel eines Scharia-Staats aufzugeben bereit sind. Aber das sind vage Hoffnungen.

Was macht die Muslimbrüder so stark?

Sie sind hervorragend organisiert. Es ist die einzige Opposition, die die Regimes von Nasser, Sadat und Mubarak überlebt hat. Dank einer Organisation, die jener von religiösen Geheimbünden gleicht. Nach dem Beitritt muss man etwa acht Stufen bis zur Vollmitgliedschaft durchlaufen. Dieser Prozess dauert fünf bis acht Jahre. Die einzelnen Zellen sind dann mit nur drei bis fünf Leuten besetzt, die untereinander keinen Kontakt haben. Dazu kommt, dass sie auf Netzwerke in Europa zurückgreifen können. Und schliesslich gehört zu ihrer Strategie auch, dass sie eine gewisse Doppelzüngigkeit pflegen und gegenüber der Öffentlichkeit andere Standpunkte vertreten als nach innen. Deshalb fühlen sie sich auch nicht an öffentliche Versprechen gebunden.

Sie werfen den Muslimbrüdern vor, den Islam zu missbrauchen. Wieso?

Ihr Gründer, Hasan al-Banna, prägte Sätze wie «Islam und Politik sind eins» oder «Der Islam ist eine Religion und eine Staatsordnung». Ich bin nicht nur Moslem, sondern studiere den Islam seit 40 Jahren. «Staat», «Staatsordnung» oder «politische Ordnung» kommen im Koran nicht vor; auch nicht in den Überlieferungen des Propheten oder der islamischen Rechtslehre. Im Koran gibt es mehrere Bedeutungen von Scharia, aber keine beschreibt eine konkrete Verfassungsordnung. Banna und in der Folge auch Mursi aber behaupten genau das: Es gebe eine eindeutig bestimmte islamische politische Ordnung, und das sei die Scharia. Wer dagegen ist, steht gegen den Islam. Opposition wird zur Apostasie, also zur Abwendung vom Glauben.

Und Apostasie ist strafbar?

In einem Scharia-Staat gibt es nur Bürger, die Ja und Amen sagen. Wer sich ablehnt, wird zum Ungläubigen erklärt.

War die Türkei erfolgreicher mit der Einbindung der islamistischen AKP?

Nein, die AKP, die regierende Partei von Premierminister Tayyip Erdogan, hat das säkulare System in der Türkei unterwandert. Sie hat den Marsch durch die Institutionen angetreten und inzwischen Justiz und Armee im Griff. Die Türkei ist heute zu einer Republik der Angst geworden. Wer sich gegen die AKP wendet, wird sofort bezichtigt, einer Verschwörung gegen den Staat anzugehören. Hunderte von Journalisten und Professoren sitzen unter dem Vorwurf in Haft, sich am Ergenekon-Komplotz beteiligt zu haben. Die Türkei ist keine demokratische Gesellschaft mehr.

Wenn die Türkei kein Modell ist, was braucht es dann für eine Demokratisierung der arabischen Welt?

Eine Änderung der politischen Kultur. Das beste Beispiel dafür ist wohl Deutschland nach der Nazidiktatur. Das ist nicht in ein paar Jahren geschehen. Es musste eine ganze Generation neu erzogen werden. Auch wir Araber müssen lernen, dass man jemanden akzeptieren kann, auch wenn er anders denkt als man selbst. Die Intoleranz ist nicht nur ein Fehler der Muslimbrüder. Die politische Kultur des Pluralismus ist in den arabischen Ländern nicht vorhanden.

Hat das mit der Religion zu tun?

Nein, in der Geschichte des Islam hat es immer Vielfalt gegeben. Aber es fehlt eine Kultur des Respekts der Vielfalt. Denken Sie nur an das Verhältnis zwischen Sunniten und Schiiten: Sie hassen einander. Sie sind sich nur einig, wenn sie einen gemeinsamen Feind haben.

Als Syrer schmerzt Sie vor allem die Entwicklung in Ihrem Land. Weshalb ist der syrische Aufstand in einen blutigen Krieg ausgeartet?



TA-Grafik mruce

Der Unterschied zu Ägypten, Tunesien und Libyen liegt darin, dass hier nicht eine kleine militärische Elite oder ein Stamm die Macht an sich gerissen hat. In Syrien ist es eine ganze Bevölkerungsgruppe, die Alawiten, die 1970 durch den Militärputsch von Hafiz al-Assad an die Macht gelangte. Assad hat dann die Armee, die Sicherheitsdienste und die anderen wichtigen Institutionen «alawisiert». Sollte jetzt das Regime stürzen, würde es zu einem Massaker an den Alawiten kommen. Deshalb wehrt sich das System mit aller Brutalität.

Ist ein Ende der Gewalt absehbar?

Nein. Im Libanon hat der Bürgerkrieg 15 Jahre gewütet. In Syrien könnte es ähnlich lang dauern.

Lässt sich nichts dagegen tun?

Es bräuchte wohl eine internationale Intervention, um die Alawiten zu entmachten. Allerdings müsste man gleichzeitig die alawitische Minderheit mit einer militärischen Präsenz schützen, denn inzwischen ist zu viel Blut auf beiden Seiten geflossen. Wenn die internationale Gemeinschaft nicht eingreift, wird das Morden weitergehen.

Für Sie ist der arabische Frühling in einen frostigen Winter gemündet. Gibt es keine Hoffnung für die Region?

Tunesien hat die besten Chancen, eine Demokratie einzuführen. Hier scheinen die gemässigten Islamisten der Ennahda-Partei bereit, die Macht mit anderen zu teilen. In Syrien ist die Opposition noch lange nicht so weit. Sie hat sich erst vor einem Monat darauf geeinigt, die Scharia zur Richtschnur ihrer Politik zu machen. Damit war sogar die Freie Syrische Armee einverstanden, die sich sonst von den Islamisten distanziert.

Und ausserhalb von Tunesien?

Ägypten hat eine Chance, falls es gelingt, die Muslimbrüder in die Politik zurückzuholen. Das Militär hat sich nach dem Putsch in die Kasernen zurückgezogen. Der Präsident ist ein Jurist, und auch die Regierung ist bis auf den Verteidigungsminister mit Zivilisten besetzt. Vielleicht ist auch in Ägypten eine Entwicklung wie in Tunesien möglich. Für Libyen sehe ich das nicht: Hier wünscht sich die Bevölkerung wieder eine starke Hand, wie jene Ghadhafis. Denn die Milizen sind demokratisch nicht unter Kontrolle zu bringen. Ich befürchte, die ganze Region bleibt eine Last für die Welt - auch eine moralische.

Bassam Tibi

Politologe und Islamexperte



Professor Bassam Tibi (69) hat von 1973 bis 2009 an der Universität Göttingen gelehrt. Mit 18 Jahren war er aus Damaskus nach Deutschland gekommen und bereits mit 28 wurde

er zum Professor berufen. Nach seiner Emeritierung hat er an den renommiertesten Universitäten der Welt wie Harvard, Yale oder Cornell geforscht. In den vergangenen Jahren hat er in seinen Büchern dargelegt, dass der Islam eine offene und tolerante Religion ist, die aber von den Islamisten als politische Ideologie umgedeutet wird. Diese Woche war Tibi auf Einladung der Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity in Zürich. (lf)

